# Die neue Devisenordnung.

**Verbot des Freiverkehrs.**

Die neue Devisenordnung, die der Reichspräsident erlassen hat, bestimmt zunächst im Paragraphen 1, daß nur solche Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung erworben oder veräußert werden dürfen, für die eine amtliche Notierung in Berlin stattfindet. Und zwar muß der Erwerb oder die Veräußerung zu dem amtlichen Kurse des Tages des Geschäftsabschlusses erfolgen. Dazu kommt die Bestimmung, daß dies der Geld- oder der Brief- oder ein dazwischenliegender Kurs sein muß. Und zwar des amtlichen Geld- oder Briefkurses. Jeder freie Verkehr der wilden Devisenhändler wird verboten.

Weiter bestimmt die Verordnung, daß der amtliche Kurs, dessen Notierung die Voraussetzung für jeden Geschäftsabschluß in Devisen ist, auch wirklich notiert sein muß, nicht etwa nur gesprochen sein darf. Liegt die Notierung nicht vor, so dürfen Geschäfte in der betreffenden Währung nicht abgeschlossen werden. Was das Gesetz über die Schecks und Wechsel (Devisen) sagt, gilt natürlich auch für Geschäfte in Banknoten; ist für Banknoten aber ein besonderer Kurs nicht notiert, so ist der Kurs für Schecks auch für die Banknoten gültig. Aber nicht umgekehrt: der Banknotenkurs gilt niemals für Scheckkurs. Wenn infolge Materialmangels ein Kurs nicht zustande kommt, dann sind im Kleinverkehr Umsätze bis zu 5 Pfund Sterling oder dem entsprechenden Betrage in einer anderen Währung auch zum letztbekannten amtlichen Kurs zulässig.

Die Verordnung hat außerordentlich hohe Strafen auf Verstöße gegen diese Bestimmungen festgesetzt. Nicht nur, daß alle Geschäfte, die gegen den § 1 verstoßen, ohne weiteres nichtig sind. Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren und Geldstrafen bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel sind festgesetzt. Außerdem können die gehandelten Devisen in einem solchen Falle auch eingezogen und bei Verstößen gegen die Verordnung die Namen der Beteiligten öffentlich bekanntgemacht werden.

Der Reichskanzler hat ein telegraphisches Rundschreiben an die Regierungen der Länder erlassen, die ersucht werden, die Reichsregierung durch rücksichtsloses Eingreifen gegen illegitimen Handel und schwarze Börsen zu unterstützen. Ausführungs- und Übergangsbestimmungen sollen erst dann erlassen werden, wenn sich ihre Notwendigkeit zweifelsfrei ergibt. Zunächst will man die Wirkung der Verordnung abwarten. Übrigens ist man an maßgebender Stelle im Augenblick von dem Gedanken abgekommen, die Zahl der Banken, die zum Devisenhandel zugelassen sind, zu beschränken.

# Die Devisenkäufe der Firma Stinnes.

**Aus dem Untersuchungsausschuß.**

In der Verhandlung des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Markstützungsaktion sagte Generaldirektor Minoux vom Stinnes-Konzern weiterhin aus: Bei Beginn der Ruhraktion suchte der Reichswirtschaftsminister die Kohlenimporteure zu veranlassen, daß sie ihm einen Bestand von 500 000 Tonnen als eisernen Bestand auf ihren Lägern verfügbar hielten. Meiner Firma wurden 55 000 Tonnen englischer Kohle auferlegt, und wir mußten sie selbst finanzieren mit etwa 100 000 Pfund. Für die Firma Stinnes, die doch gewisse Ruhrinteressen zu vertreten hat, war die Stützungsaktion sehr notwendig. Über das Wie und das Maß konnte man verschiedener Meinung sein. Herr Oeser hat ja einmal die Vermutung ausgesprochen, daß Stinnes wahrscheinlich deshalb zu Vermögen kommt, weil er nicht raucht und nicht trinkt. Nach dreijähriger Quälerei muß ich es mir einmal von der Seele reden, auch wenn es die Herren nicht gern hören. Woher Stinnes das Geld nimmt? Er hat eine Schar von Mitarbeitern, die mit Begeisterung für ihn arbeiten, und so viel Geld hat kein Hugo Stinnes, daß sich diese Schar sich dazu hergeben würde, etwas zu tun, was gegen ihr deutsches Interesse ginge. Das wird uns auch nicht zugemutet. Ich bedaure, daß ich hier sitzen muß. Wenn alle so wie wir 16 Stunden arbeiteten, würde es um Deutschland besser aussehen.

Redakteur Oeser von der Frankfurter Zeitung: Es ist doch ungewöhnlich, daß ein Haus von dieser Bedeutung in Berlin und anderwärts dauernd in Devisen glatt ist und dabei in sehr bedeutendem Umfang neue Geschäfte und größere Erwerbungen macht. Vielleicht werden diese neuen Geschäfte so gemacht, daß Valuta, die für den Betrieb übrig war und eigentlich für den Betrieb hätte sein sollen, zu früh oder zu stark in neue Geschäfte gesteckt worden ist, so daß sie nachher gefehlt hat. Es scheint auch, als ob alle oder viele der in Valuta einlaufenden Überschüsse schleunigst im Ausland angelegt werden. Ferner erklärte Generaldirektor Minoux, daß Stinnes mit dem Finanzminister Hermes eine Unterredung gehabt habe. Er hielt die damalige Politik sowohl nach dem Grade wie nach der Form der Markunterstützung für katastrophal und hatte rechtzeitig und ausreichend gewarnt.

# Dynamitanschlag auf eine Druckerei.

**Münster i. W., 25. Juni.**

In der vorletzten Nacht wurde hier gegen die Druckerei und Redaktion des mehrheitssozialistischen Organs „Der Volkswille" ein Dynamitattentat verübt. Gegen 3½ Uhr ertönte eine starke Detonation. Gleich darauf hörten die dem Verlagsgebäude benachbart wohnenden Leute aus dem Haus heraus Hilferufe. Man vermutet, daß eine Person unter den Trümmern begraben liegt. Das an der Straße liegende Gebäude ist ziemlich unbeschädigt. Die sofort angestellten Ermittlungen nach dem Täter blieben bisher ohne Erfolg. Offenbar muß eine große Menge Sprengstoff zur Entzündung gebracht worden sein. Die ganze Druckerei des Blattes ist ein Trümmerhaufen. Ebenso sind die aufgestapelten großen Papiervorräte völlig verbrannt. In der Umgegend sind sämtliche Fensterscheiben durch den gewaltigen Luftdruck zertrümmert worden. Man führt den Anschlag auf politische Motive zurück. Schon mehrmals wurden im Setzersaal des Blattes Sabotageakte versucht.

# Die Rathenaufeier.

(Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)

**Berlin, 25. Juni.**

Am gestrigen Jahrestage der Ermordung des Ministers Rathenau fanden sich die Anhänger des deutschen republikanischen Reichsbundes im großen Saale des Reichstages zu einer ernsten Stunde des Gedenkens zusammen. Florgewinde umgaben die Rednertribüne und die Regierungsbänke, mächtige Eichen- und Lorbeerkränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen bedeckten den Präsidentenplatz. Aus allen Kreisen des Volkes, der Regierung, der Wirtschaft, der Kunst und Literatur waren die Freunde und Verehrer des Toten herbeigekommen und füllten den riesigen Raum und alle Tribünen bis auf den letzten Platz. Für das Präsidium des Reichsbundes gab Regierungspräsident Konrad Hänisch in bewegten Worten eine Schilderung der Mordtat an Rathenau vor einem Jahre und ihrer Folgen. „Trotz alledem", das war der Ausklang seiner Worte, „wird der deutsche republikanische Gedanke den Kampf gegen seine Feinde durchfechten."

Musik erfüllte den Raum, und dann trat der Dichter Fritz v. Unruh in den Saal, und in leidenschaftlicher Erregung trug er eine für diesen Tag bestimmte Dichtung vor, die den Geist Rathenaus als Mahner und Warner für unser dem Verderben entgegentaumelndes Volk herbeiriet, die heilige Flamme beschwor, in der die Vaterlandsliebe des Ermordeten glühte. Stehend hört die Versammlung die Worte des Dichters. Als er geendet hat, betritt von der anderen Seite Gerhart Hauptmann mit seiner Gattin die Regierungstribüne und wird vom Außenminister begrüßt und zum Platze des Reichskanzlers geleitet. Abermals Musik, und dann nimmt der demokratische Abgeordnete Prof. Dr. Preuß, einer der Freunde des Ermordeten, das Wort zu einer langen gedankenreichen Rede. Er schildert Rathenau als eine jener großzügigen Persönlichkeiten von großem Wissen und Können und von internationaler Bedeutung, an denen Deutschland so wenige besitze. Er weist nach, welches Unheil der Mord über uns gebracht habe und wie die Erfüllungspolitik Rathenaus schon das eine Verdienst gehabt habe, daß die drohende Ruhrbesetzung damals noch vermieden wurde.

Jenes Streichquartett von Haydn, aus dem die Melodie unseres Deutschlandliedes stammt, schloß mit sanften Klängen die ernste Stunde.

•

Auch im Auswärtigen Amt fand eine Gedächtnisfeier für Rathenau statt, bei der der Gesandte v. Mutius eine Gedenkrede hielt. Am Grabe Rathenaus wurden im Laufe des Tages zahlreiche Kränze niedergelegt. Der Kranz des Republikanischen Reichsbundes trägt als Aufschrift die letzten Worte Rathenaus in Genua „Friede, Friede, Friede".

# Chronik der Gewalttaten.

— Die Gemeinde Leopoldshafen bei Karlsruhe ist von den Franzosen mit 2 Offizieren und 40 Mann besetzt. Die Offiziere sind in Privathäusern, die Mannschaften im Schulhaus der Kleinkinderschule und in einem Wirtschaftssaal untergebracht.

— Die terroristischen Zustände im Gebiet des verschärften Belagerungszustandes zwischen Buer und Marl dauern an. Besonders scharf gehen die belgischen Truppen bei Marl in der Nähe des Ortes vor, wo die beiden belgischen Soldaten erschossen worden sind. Auf der Straße Marl—Kaltern werden Passanten, Fuhrwerke und Autos von einer dichten Postenkette angehalten. Die Angerufenen werden scharf nach Waffen durchsucht und müssen bei der Visitation den Hut abnehmen und „Hände hoch" während der langen Durchsuchung dastehen.

— Ein Mainzer Straßenbahnschaffner, der bei einer durch die französische Kriminalpolizei am Bahnhof Kastell vorgenommenen Paßkontrolle das Zeichen zum Weiterfahren gab und der dem Befehl eines Polizisten, den Wagen halten zu lassen, keine Folge gab, was der Beamte als Beleidigung auffaßte, wurde zu einer Geldstrafe von einer Million Mark verurteilt.

# Politische Rundschau.

## Deutsches Reich.

**Die wertbeständigen Löhne.**

Im engeren Vorstand der Zentral-Arbeitsgemeinschaft fand die Aussprache zwischen Arbeitgebern und Vertretern der Spitzengewerkschaften über die wertbeständigen Löhne statt. Die Arbeitnehmer betonten, daß die Festsetzung der Grundlöhne Sache der Vereinbarungen zwischen den einzelnen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen sein müsse, daß aber für die Anwendung des Schlüsselverfahrens für die Teuerungszuschläge ein zentrales Abkommen zu treffen sei. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, zu diesem Problem noch keine Stellungnahme bekanntgeben zu können. Da die Ansichten der beiden Parteien über die einzuschlagenden Wege noch erheblich auseinandergingen, so wählte man schließlich eine aus je vier Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission, die binnen einer Woche dem Vorstand der Zentral-Arbeitsgemeinschaft endgültige Vorschläge unterbreiten soll.

**Einkommensgrenze für Reichsversicherungen.**

Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers wird als Folge der neuen Markentwertung die versicherungspflichtige Einkommensgrenze in der Angestelltenversicherung im unbesetzten Gebiet von 27 000 000 Mark, im besetzten Gebiet, im Einbruchsgebiet und in dem Gebiet, in dem besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge gelten, von 34 000 000 Mark festgesetzt. Für die Krankenversicherung wird die Einkommensgrenze auf 21 Millionen (im besetzten Gebiet usw. auf 24 Mill.) Jahresverdienst und entsprechend der Grundlohn erhöht. Die Verordnungen treten für die Angestelltenversicherung mit Wirkung vom 1. Juni, die für die Krankenversicherung ab 2. Juli 1923 in Kraft.

**Sachsen erkennt die Volksgerichte nicht an.**

Das sächsische Justizministerium erkennt die bayerischen Volksgerichte vor wie nach nicht als rechtmäßige Gerichte an. Das ist die Antwort des sächsischen Justizministers an seinen bayerischen Kollegen auf eine Anfrage, die die Sache klarstellen sollte. Da dieser Bescheid des sächsischen Justizministeriums mit den Entscheidungen des Reichsgerichts in Widerspruch steht, ist zu erwarten, daß sich die bayerische Regierung damit nicht zufrieden geben und das Staatsgericht anrufen wird.

**Abweisung polnischer Proteste.**

Die polnische Regierung hatte eine Note an die Reichsregierung gerichtet, in der sie sich gegen die Rechtsverwahrungen ausspricht, die von Deutschland gegen die geschehene Teilung Oberschlesiens ergangen sind. Die Reichsregierung antwortete darauf, daß von Polen aus andauernd Forderungen laut geworden sind, den Deutschland verbliebenen Rest Oberschlesiens an sich zu ziehen. Die deutsche Regierung könne den Protest der polnischen Regierung gegen die deutschen Rechtsverwahrungen nicht als berechtigt anerkennen.

## Aus In- und Ausland.

**Berlin.** Im Reichsarbeitsministerium ist eine Vorlage fertiggestellt worden, nach der bei der Erhebung der Ausfuhrabgaben zu den Sätzen des Tarifs Zuschläge erhoben werden sollen. Eine weitere Vorlage sieht die Einschränkung der auf der Freiliste stehenden Waren vor.

**Beuthen.** Bei der Stadtverordnetenwahl entfielen von 44 Mandaten 41 auf die deutschen und 3 auf die polnischen Parteien.

**Danzig.** Die Eisenbahnverhandlungen zwischen Danzig und Polen haben, vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des Völkerbundes, zu einer vorläufigen Einigung geführt.

**Wien.** Im Zeremoniensaal der Wiener Hofburg ist die Tagung der internationalen Union der Völkerbundlligen in Anwesenheit von Delegierten von 24 Nationen eröffnet worden.

# Schlußdienst.

**Vermischte Drahtnachrichten**

**Schlägerei zwischen politischen Gegnern.**

**Eisleben, 25. Juni.** Hier ist es gestern zu einem blutigen Kampf zwischen einer Gruppe der Vereinigung „Stahlhelm" und Linksradikalen gekommen. Bei der Schlägerei erhielt einer der Stahlhelmleute einen Messerstich in den Bauch, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Sechs andere erhielten Kopfverletzungen. Einer der Gegner blieb tot auf dem Platze, 19 andere wurden verwundet.

**Phönixwerk in Hörde besetzt.**

**Essen, 25. Juni.** Französische Truppen besetzten das Phönixwerk in Hörde. Die Arbeiter mußten die Werkstätten verlassen. Gegen abend räumten diese Truppen unter Hinterlassung von Torwachen das Werk und übernachteten in dem Schulgebäude von Hörde. Sonntag früh zogen die Truppen erneut nach dem Phönixwerk, wo die Ingenieure die Lagerbestände aufnahmen. Augenblicklich halten die Truppen das Werk noch besetzt.

**Acht Milliarden Mark geraubt.**

**Mülheim a. d. Ruhr, 25. Juni.** Eine Abteilung französischer Soldaten drang in das Gebäude der Reichsbank in Mülheim a. d. Ruhr. Sie erzwang die Öffnung der Depots und beschlagnahmte acht Milliarden Mark.

**Gegen Preistreiberei.**

**Stuttgart, 25. Juni.** Auf der Tagung der Preisprüfungsstellen des Reiches wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Verabschiedung, Veröffentlichung und Inkraftsetzung der geplanten Neuordnung des Preistreiberrechtes soll möglichst beschleunigt werden. Die Ausführungsbestimmungen der Länder sollen der Veröffentlichung der reichsrechtlichen Vorschriften unmittelbar folgen. Angesichts der raschen Veränderung des Geldwertes ist aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen für die Zwecke der Preisprüfung eine kurzfristige, möglichst wöchentliche Bekanntgabe der Reichsindexziffern erforderlich.

**Todessturz mit dem Flugzeug.**

**Paris, 25. Juni.** Der bekannte französische Flieger Casale ist gestern in der Nähe von Gradvilliers tödlich verunglückt. Er stürzte aus einer Höhe von 600 Metern ab und war sofort tot; sein Mechaniker ist mit einigen Verletzungen davongekommen.

**Vorschriften für Luftbombardements.**

**Paris, 25. Juni.** Nach einer Meldung aus Washington ist den an der Washingtoner Konferenz seinerzeit beteiligt gewesenen Mächten ein von einer Kommission von Reichtssachverständigen gestellter internationaler Gesetzentwurf über ein Verbot, Städte von Flugzeugen oder Luftschiffen zu bombardieren, mitgeteilt worden. Bombardements aus der Luft sollen gegen Truppen, militärische Depots, Fabriken für Kriegsmaterial und militärischen Zwecken dienende Eisenbahnen oder andere Verkehrsmittel gestattet sein.

**Kein Aufstand in Albanien.**

**Paris, 25. Juni.** Die albanische Gesandtschaft in Paris dementiert die Nachricht über eine Aufstandsbewegung in Albanien. Vom Fürsten von Wied sei nicht mehr die Rede.

**Spanien gegen französischen Imperialismus.**

**Madrid, 25. Juni.** Aus Anlaß der Tanger-Konferenz in London wendet sich das Blatt „Informaciones" in scharfen Ausdrücken gegen den französische Imperialismus, der auch Spanien bedrohe. Das Blatt wiederholt die Beschuldigung, daß die Kabylen durch die französische Kolonialpartei unterstützt würden und nimmt Stellung gegen die unfreundlichen Äußerungen des französischen Ackerbauministers über die spanischen Weine. Die Zeitungen „Sol" und „Voz" bringen ähnliche Artikel.

# Der Leipziger Männerchor,

der in Naunhof ebenso hoch im Ansehen steht wie in Leipzig, hat dieser Tage auf einer Sängerreise dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg vor seinem Landhause in Hannover in den Morgenstunden eine gesangliche Huldigung dargebracht. Gesungen wurde das „Hindenburglied" von Wohlgemuth und „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern" von Kranich. Gleich nach den ersten Akkorden trat der Feldmarschall aus dem Hause, der, wie man feststellen konnte, von den mächtig im Walde widerhallenden Klängen des Chores tief bewegt war. Nach Beendigung des ersten Liedes dankte der 1. Vorsitzende Rechtsanwalt Brecht, dem Feldmarschall für die Annahme der Ehrenmitgliedschaft des Vereins und bezeichnete den historischen Augenblick als den Höhepunkt der Konzertreise.

Gleich darauf erwiderte der Feldmarschall, der überaus frisch und in bester Stimmung war, folgendes:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für diese mir zugedachte Ehrung und danke Ihnen auch für die Unterstützung, die Sie meinen bedrängten Landsleuten in Ostpreußen durch Ihre Konzertreise haben zuteil werden lassen. Sie haben ihnen dadurch wieder Kraft und Mut gegeben. Ich weiß die Macht des deutschen Liedes zu schätzen. Sie haben es nicht nur in Zeiten der Freude, als Deutschland groß und stark war, gepflegt, sondern auch in bitter ernster Zeit. Ich beglückwünsche Sie zu Ihren Erfolgen und bitte Sie, auch weiterhin mit Gottes Hilfe zur Wiedererweckung des Selbstbewußtseins, der selbstlosen Treue und der Einigkeit unseres deutschen Volkes unentwegt wie bisher beizutragen. Für Verleihung der Ehrenmitgliedschaft danke ich Ihnen noch ganz besonders!"

Hierauf nahm der Feldmarschall die Vorstellung Prof. Wohlgemuths und der Reiseleitung entgegen, jeden mit einem kräftigen Händedruck begrüßend. Unter spontanen Hochrufen der zahlreich versammelten Zuhörerschaft zog er sich alsdann zurück.

Der Leipziger Männerchor kehrte hierauf unter den Klängen des Liedes „Muß i denn", in dem Bewußtsein, einer für den Verein und jeden Einzelnen bedeutungsvoll erlebten Stunde, nach der innern Stadt zurück.

SLUB
Wir führen Wissen.